

# **Unabhängige Sozialberatung**

## **- Beratungs- und Beschwerdestelle für Erwerbslose -**

Rottstr. 31, 44793 Bochum, Tel.: 0234 - 460 169; Fax: - 460 113; e-mail: Sozialberatung@sz-bochum.de  
Hilfestunden: Dienstag: 16.00 – 18.00; Donnerstag: 11.00 – 13.00 Uhr (Tel. dann: - 5 47 29 57)

---

### **PRESSEMITTEILUNG**

Am 18. Mai 2006 hat der Sozialausschuss der Stadt Bochum per Beschluss die „ .. Verwaltung ... beauftragt, sich an der Einrichtung eines niedrigschwelligen Beratungsangebotes für Leistungsbeziehende von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe in Bochum zu beteiligen. ...“. Der Mieterverein Bochum e.V. sollte gebeten werden, „ ... eine Konzeption für ein solches Angebot zu erstellen. ... „. Mittlerweile ist genau ein Vierteljahr vergangen. Wir befürchten, dass auch diese im Grunde genommen richtige Absicht im Sande verläuft und wenden uns deshalb an den Sozialausschuss, die Gewerkschaften und andere Betroffenenvertretungen und Verbände mit einer Stellungnahme.

Dieser Beschluss des Sozialausschusses findet seine Begründung in der Tatsache, dass das Fürsorgerecht heute so kompliziert ist wie nie zuvor und zudem einem ständigen Wandel unterliegt. Die ARGE n befinden sich nach bald 20 Monaten immer noch in der Aufbauphase. Das Personal von inzwischen mehr als 400 Mitarbeitenden reicht nicht aus, den immensen Arbeitsanfall zu leisten, Die Kolleginnen sind immens überlastet. Es müsste um mindestens ein Viertel aufgestockt werden. Ein Teil ist dabei zu gering qualifiziert, Kommunikation und Kontrolle sind unzureichend. Etliche Mitarbeitende sind gegen ihren Willen zur ARGE versetzt worden, z.T. in Ämtern „eingespart“, wo sie noch nie etwas mit Menschen und Rechtsverhältnissen zu tun hatten. Die Wege des „inneren Widerstandes“ zeigen gelegentlich obskure Blüten, mit fatalen Folgen für die Betroffenen.

Leidtragende sind letztendlich die Betroffenen, die häufig nicht mit der nötigen Achtung behandelt werden, gelegentlich monatelang nicht die zustehenden Leistungen erhalten, in einzelnen Fällen sogar ohne Begründung von jetzt auf gleich ganz ohne Geld dastehen.

Fast glaubt man sich in einem „rechtsfreien Raum“.

Alle – auch am Rande – mit Hartz IV befasste Beratungsstellen sind erheblich belastet. Mehr als ein Dutzend Anwälte und Anwältinnen in Bochum sind inzwischen mit der Thematik gut beschäftigt. Die Sozialgerichte klagen über „astronomische Zuwächse“. Das kann so nicht weitergehen. Die Politik und die Spitzen der Verwaltung müssen ihre Aufsichtspflichten wahrnehmen. Ihnen und den mit dem Sachverhalt befassten gesellschaftlichen Kräften müssen effektive Möglichkeiten der Kontrolle und Einflussnahme eröffnet werden.

Eine gut ausgestattete von Ämtern unabhängige Sozialberatung muss erhalten und ausgebaut werden. In ehrenamtlicher Arbeit ist das nicht angemessen zu leisten.

Grosse Hoffnung auf eine Umsetzung haben wir nicht. Eine sachgemässe Beratungstätigkeit in Bochum wäre mit einem Kostenaufwand von ca. 100.000 Euro verbunden. Da bereits bestehende Beratungen massiv mit Einschränkungen oder drohenden Einschränkungen konfrontiert sind, könnte langfristig sogar ein doppelt so hoher Bedarf entstehen. Der Politik in Bochum scheinen aber Menschen weniger wichtig zu sein als kostenaufwändige Leuchttürme für ein aufgeblasenes Pseudo-Image. Um so wichtiger bleibt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit.

Bochum, 18. August 2006 i.A. Norbert Hermann